



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt

Niederschrift

über die 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt am
20.08.2015 in der Hermetia Baruth GmbH, An der Birkenpfuhlheide 10, 15837
Baruth/Mark.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Danny Eichelbaum

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Dornbusch
Herr Felix Thier
Herr Lutz Möbus
Herr Christian Grüneberg
Herr Falk Kubitzka
Herr Olaf Manthey

Sachkundige Einwohner

Herr Manfred Dutschke
Frau Silvia Fuchs

Verwaltung

Herr Holger Lademann
Frau Dr. Silke Neuling
Herr Dr. Manfred Fechner
Herr Berndt Schütze

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf von der Bank
Herr Peter Dunkel
Beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Kalinka

Sachkundige Einwohner

Herr Andreas Jädicke
Frau Martina Leisten

Verwaltung

Frau Katja Woeller

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Vorstellung des Unternehmens Hermetia Baruth GmbH durch den Geschäftsführer, Herrn Katz, mit anschließender Betriebsbesichtigung
- 5 Berichterstattung über die Arbeit von pro agro im letzten Geschäftsjahr
- 6 Antrag der SPD-Fraktion zur Unterstützung der Initiative der Kommunen Gemeinde Nuthe-Urstromtal, Gemeinde Am Mellensee, Stadt Trebbin, Stadt Ludwigsfelde und Stadt Luckenwalde zur Entwicklung eines Multi-Energiekraftwerkes auf den Flächen der ehemaligen militärischen Liegenschaft Sperenberg/Kummersdorf Gut - Stellungnahme der Verwaltung 5-2433/15-KT/1
- 7 Novellierung des Leitbildes zur Kreisentwicklung 5-2479/15-IV
- 8 Auswertung der Getreideernte im Landkreis Teltow-Fläming
- 9 Informationen der Kreisverwaltung über die Entwicklung des Milchpreises nach der Abschaffung der Milchquote und die Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Unternehmen im Landkreis
- 10 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 11 Mitteilungen der Verwaltung

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Eichelbaum begrüßt alle Anwesenden zur 7. öffentlichen Sitzung des Landwirtschaft- und Umweltausschusses.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2015

Herr Thier: Frau Wehlan ist im Teil der Anwesenheit nicht aufgeführt.

Es erfolgt ein Nachtrag. Dieser wird mit der nächsten Post den Ausschussmitgliedern zugehen bzw. ist die korrigierte Niederschrift im Bürgerinformationssystem zu finden. Die Niederschrift ist damit genehmigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen weder schriftliche noch mündliche Anfragen von Einwohnern des Landkreises vor.

TOP 4

Vorstellung des Unternehmens Hermetia Baruth GmbH durch den Geschäftsführer, Herrn Katz, mit anschließender Betriebsbesichtigung

Herr Heinrich Katz stellt die Katz Biotech AG kurz vor. Er selbst ist Aufsichtsratsvorsitzender, sein Bruder Dr. Peter Katz der Vorstand. Das Unternehmen ist der größte deutsche Produzent von Nützlingen zur biologischen Schädlingsbekämpfung. Die Einteilung erfolgt in 2 Geschäftsbereichen. Ein Bereich widmet sich der Umweltverträglichkeit von Organismen auf chemische Wirkstoffe. Der zweite Bereich beschäftigt sich mit dem Pflanzenschutz. Zu den Abnehmern gehören Großfirmen sowie auch kleine Privatkunden deutschlandweit aber auch außerhalb, wie Schweden, Norwegen, Spanien u.a.. Es werden einige Schädlinge und Nützlinge vorgestellt sowie die Vorgehensweise der Bekämpfung. Am Produktionsstandort Baruth/Mark findet derzeit die Hauptproduktion statt.

Später wurde die Hermetia Futtermittel GbR (HFG) gegründet. Ziel der HFG ist die Produktion fischmehlfreier Krafftutterkomponenten für fleischfressende Nutztiere. Seit 4 bis 5 Jahren werden ca. 90 Mio Tonnen Fisch aus den Weltmeeren rausgefischt. Rund 30 Mio Tonnen kommen davon zur Verarbeitung zu Fischmehl. Fischmehl ist ein qualitativ hochwertiges proteinreiches Futtermittel. Die Gewinnung der Insektenproteine stellt eine Alternative dar. Die Proteine der Insektenlarven sind reich an essentiellen Aminosäuren und erfüllen die ernährungsphysiologischen Ansprüche der fleischfressenden Tiere.

Die rechtliche Grundlage für dieses Projekt weist viele Hürden auf, wie die VO (EG) Nr. 999/2001 „Verbot der Verfütterung von verarbeitetem tierisches Protein an Nutztiere mit Ausnahme von Fischmehl“. Dann kam die VO (EU) Nr. 56/2013 Abschnitt D „Besondere Bedingungen für die Herstellung und Verwendung von verarbeitetem tierischem Nichtwiederkäuer- Protein, ausgenommen Fischmehl, und solches verarbeitetem tierisches Protein enthaltenden Mischfuttermitteln, die zur Fütterung von Tieren in Aquakultur bestimmt sind“. Folgende Bedingung ist darin enthalten: „...verarbeitetem tierischem Protein ... von Schlachthöfen bezogen ...“. In Deutschland ist die Zulassung ihrer Produkte nicht möglich, da Insekten laut Definition nicht geschlachtet werden können. Eine weitere Hürde ist die VO (EG) Nr.1069/2009 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte.

Seit Februar 2015 ist die Belieferung an Heimtierfutterhersteller zulässig. Im Moment besteht keine Chance auf eine Zulassung hinsichtlich Nutztierfütterung. Für den menschlichen Verzehr sind nur einige bestimmte Insekten zugelassen (Heimchen, afrikanische Wüstenheuschrecke ...).

Prognose ist, dass ab dem Jahr 2030 2,5 Mrd. Menschen mit Insektenproteinen ernährt werden müssen. Das erfolgt dann entweder über den Weg der Nutztiere oder auf dem direkten Weg.

Informationen über Zulassungsverfahren

Frau Dr. Neuling ergänzt zum Thema Zulassungsverfahren. Der erste Kontakt zwischen dem Veterinäramt und der Hermetia Baruth GmbH erfolgte 2011. Gegenstand war die Zulassung für ein Einzelfuttermittel für Geflügel-, Schweinehaltung, Aquakultur und Heimtiere. Futtermittelrechtlich war nur eine Registrierung notwendig. Die Fliegen gehören zu den Nutztieren, da sie als Produkt (Proteine in der Larve) für den Menschen gehalten und gezüchtet werden. Alle Nutztiere unterliegen bestimmten rechtlichen Regelungen, die die Fütterung betrifft. Auch ist, laut EU-Gesetze, das Einbringen der produzierten Proteine in die Futtermittel nicht ganz einfach. Nach 4 Jahren gab es zumindest die Zulassung für das Heimtierfutter.

Frau Dr. Neuling ist zuversichtlich, dass in Zukunft eine Änderung hinsichtlich alternativer Proteinquellen möglich ist.

Herr Dutschke fragt nach der Anzahl der Beschäftigten.

Herr Katz: In der Katz Biotech AG gibt es 35 Beschäftigte und in der Hermetia Baruth GmbH 6 Beschäftigte.

Herr Jurtzik: Welche Ausbildung ist erforderlich?

Herr Katz: Es bedarf keiner direkten Ausbildung.

Danach erfolgte die **Betriebsbesichtigung**.

TOP 5

Berichterstattung über die Arbeit von pro agro im letzten Geschäftsjahr

Herr Kummer (Fachbereichsleiter für Land- und Naturtourismus der „pro agro e.V.“) „Pro agro e.V.“ ist ein Verband zur Förderung des ländlichen Raumes in der Region Brandenburg und besteht seit 1992. Vorstandsvorsitzender ist Herr Memmert. In der Geschäftsführung ergibt sich demnächst eine Veränderung. Der Verband teilt sich in 3 Fachbereiche: Land- und Naturtourismus; Ernährungswirtschaft und Direktvermarktung; Buchhaltung und Controlling. Geplant ist die Unterstützung und Verbindung der Regionalvermarktung von landwirtschaftlichen Produkten mit dem ländlichen Tourismus. Diese Synergie ist im Land Brandenburg einmalig. Der Verein verfolgt für die verschiedenen Bereiche folgende Ziele:

- Förderung der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie Vernetzung und Vermarktung des Landtourismus,
- Interessenvertretung seiner Mitglieder,
- Unterstützung der in der Region Tätigen bei der Herstellung, Qualitätssicherung, Vermarktung und Absatz von Produkten und ländlichen Dienstleistung sowie
- Förderung der Regionalvermarktung durch den Aufbau regionaler Kooperationen zur Erhaltung / Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

Zu den Dienstleistungen verweist Herr Kummer auf Studien und das Führen von Marken. Eine weitere wichtige Aufgabe stellt die Bündelung in der Qualitätssicherung dar. Verschiedene Veranstaltungen werden durchgeführt (z. B. Landpartie, Dorf- und Erntefeste), auf Messen und Ausstellungen (z. B. IGW, ITB) ist der Verband präsent aber auch Öffentlichkeitsarbeit (Presse und Internet) wird ständig gepflegt.

Zu den Maßnahmen des Verbandes pro agro im Landkreis Teltow-Fläming und Unternehmensbeteiligung aus Teltow-Fläming an Maßnahmen des Verbandes pro agro ist eine Tischvorlage verteilt worden.

Für Maßnahmen im Bereich der Direktvermarktung steht ein Budget von 140.000 EUR zur Verfügung. Unterstützt werden hier vor allem Kleinbetriebe. Als kompetenter Ansprechpartner sowohl für große Handelsunternehmen, wie z.B. EDEKA, Netto usw., als auch für den Einzelhandel sichert der Verein die allgemeine und individuelle Kontaktherstellung und Zusammenarbeit zwischen den Partnern. Auch auf dem Gebiet der Weiterbildung zu verschiedenen Themen ist „pro agro e.V.“ kontinuierlich tätig. Einnahmen kommen über den Handel und ein Großteil aus den Veranstaltungen. Neu und in der Entwicklung sind Bauerntouren, um mehr Transparenz zum Verbraucher herzustellen. Leider sind sie in diesem Jahr noch nicht zustande gekommen.

TOP 6

Antrag der SPD-Fraktion zur Unterstützung der Initiative der Kommunen Gemeinde Nuthe-Urstromtal, Gemeinde Am Mellensee, Stadt Trebbin, Stadt Ludwigsfelde und Stadt Luckenwalde zur Entwicklung eines Multi-Energiekraftwerkes auf den Flächen der ehemaligen militärischen Liegenschaft Sperenberg/Kummersdorf Gut(5-2433/15-KT/1)

Herr Mann (Stadtplanungsamtsleiter Luckenwalde und allgemeiner Vertreter der Bürgermeisterin) stellt kurz zum Antrag der SPD-Fraktion die Arbeit der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) MEKS i.G. vor.

Die Ansprüche an die Flächen, an die Liegenschaft, an den vorhandenen Gebäuden und an den Naturschutz sind den beteiligten Kommunen bewusst. Die im Beschlussvorschlag aufgeführten Kommunen planen den Beitritt zur KAG. Das Stadtplanungsamt Luckenwalde ist von den beteiligten Kommunen beauftragt die Koordinierung durchzuführen. Herr Mann weist darauf hin, dass auf der heutigen Sitzung technische Details nicht erörtert werden.

Im April letzten Jahres ist der Auftrag an die Firma Enercon GmbH erteilt worden. Sie soll die Machbarkeit zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für ein „Erneuerbare-Energien-Kraftwerk“ als Demonstrationsobjekt auf einer Teilfläche der ehemaligen militärischen Liegenschaft Sperenberg untersuchen sowie eine geeignete Organisationsform finden. Die Firma erarbeitete ein Konzept, wie ein Hybridkraftwerk aussehen bzw. errichtet werden kann. Die Standortvoraussetzungen stellen sich als optimal dar. Mit dem Entwurf hat die KAG ein Instrument in der Hand, die weitere Planung voran zu bringen. Ein Industriekonsortium erklärte sich bereit, diese Liegenschaft zu entwickeln. Sie werden sich das erste Mal öffentlich zum Energietag in Cottbus präsentieren. Die Kommunen haben sich dahingehend positioniert, dass das notwendige Erlangen der planungsrechtlichen Voraussetzung im Rahmen eines formbezogenen Bebauungsplanes erfolgen soll (Erarbeitung eines Vorhaben- und Erschließungsplanes). Damit besteht eine hohe

Rechtsverbindlichkeit mit wenig Spielraum für die Unternehmen im zukünftigen Unternehmenskonzept. Derzeit wird mit dem Land, der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung abgeklärt, ob für das Vorhaben ein Raumordnungsverfahren nach derzeitiger Rechtslage des Landesentwicklungsplanes notwendig ist. Mit der zu erwartenden Bekanntmachung des Regionalplanes muss ein Zielabweichungsverfahren beantragt werden, da die derzeitige Nutzung, zumindest ein Teil, sich im Widerstreit zur Regionalverordnung befindet. Herr Mann vermutet, dass der Landesentwicklungsplan nicht lange Bestand haben wird. Das Oberverwaltungsgericht leitete bereits ein Überprüfungsverfahren ein. Damit fehlt der Regionalplanung dann die rechtliche Grundlage. Die Basis ist der Landesentwicklungsplan. Sollte der Regionalplan in Kraft treten, ist es möglich über ein Zielabweichungsverfahren das notwendige Planungsrecht für den formbezogenen Bebauungsplan als Sondergebiet „Multi-Energie-Kraftwerk Sperenberg“ mit der entsprechenden funktionalen Ausweisung festzusetzen.

Es ist gelungen die deutsche Umwelthilfe für das Projekt und für die voll umfängliche transparente Kommunikation zu gewinnen. Demnächst sollen die Zielgruppen definiert werden, um die unterschiedlichen Dialogformate zu initiieren, um die Bürger sowie die Verbände, Vereine, Träger öffentlicher Belange und Kommunalvertreter einzubinden. Ziel ist die Handreichung an den Denkmalschutz, Arrangements mit dem Naturschutz und Kommunikation der kommunalen Wertschöpfung. Die Kommunikationsstruktur sieht dann wie folgt aus:

- Begehung der Immobilie
- Bauleitplanung mit Präsentation in den Ausschüssen, Gemeindevertretungen und im Kreistag
- Planverfahren
- Klärung der internen Kommunikation
- Anmeldeverfahren des Industriekonsortiums zur GmbH
- monatliche Gespräche zwischen Industriekonsortium und kommunalen KAG
- Nachweis der finanziellen Rücklagen bzw. der finanziellen Leistungsfähigkeit

Der Vorhabenträger muss Verfügungsgewalt über die Flächen haben, da zu 98% der Flächen dem Land Brandenburg gehören. Daher finden zurzeit Gespräche mit dem Finanzministerium des Landes statt. Im September bildet sich eine Staatssekretärsrunde aus allen Ministerien des Landes, die sich mit der Entwicklung der Liegenschaft „Sperenberg“ zur Speicherung erneuerbarer Energien beschäftigen. Geplant ist kein Windpark sondern ein Hybridkraftwerk.

Stellungnahme der Verwaltung

Herr Eichelbaum: Die Verwaltung hat eine Stellungnahme abgegeben zum Antrag 5-2433/15-KT/1 und zu den Änderungsanträgen. Er zitiert: „Dem Hauptantrag kann grundsätzlich gefolgt werden.“. Bis dahin wird noch viel Zeit vergehen.

Was erwartet die kommunale AG vom Landkreis? Gibt es von den Stadtverordnetenversammlungen und der Gemeindevertretungen bereits ein Votum?

Herr Mann: Die Voten bestehen noch nicht in Luckenwalde und Ludwigsfelde. Ludwigsfelde beschließt erst nach der Bürgermeisterwahl. Luckenwalde votiert im nächsten Stadtentwicklungsausschuss am 25.08.2015 für den Beitritt zur kommunalen AG.

Dem Landkreis ist es nicht möglich, Mitglied der kommunalen AG zu werden. Die AG erhofft sich vom Landkreis Unterstützung hinsichtlich der Abstimmung der Beteiligungsprozesse, Hilfestellung beim Erlangen des notwendigen Planungsrechtes. Aber auch, dass der Landkreis sich in den Kommunikationsprozessen einbringt.

Herr Lademann: In der Stellungnahme der Verwaltung machte Frau Wehlan deutlich, dass die naturräumlichen sowie die denkmalschutzrechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten sind. Mit einem Schreiben bittet die brandenburgischen Boden GmbH um ein Gespräch bei

der Landrätin. Dieser wird nach der Gesprächsrunde der Staatssekretäre im September festgelegt.

Herr Mann: Ziel ist die Gründung einer Stiftung an der die Kommunen der AG sowie das Land Brandenburg beteiligt sind. Die Stiftung verpachtet die Flächen. Diese Einnahmen sollen dann die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen decken. Weiterhin soll eine infrastrukturelle Verbesserung herbeigeführt werden.

Herr Kubitz: Als Vertreter der antragstellenden Fraktion weist Herr Kubitz auf die positive Resonanz durch die Ergänzungsanträge der anderen Fraktionen hin. Es ist jetzt an der Zeit, dass dieser Bereich genutzt wird. Interkommunale Zusammenarbeit ist Zukunft. Die politische Weichenstellung sollte hier positiv ausfallen.

Herr Jurtzik befindet die Vorlage als nicht konkret genug ausgearbeitet. Beispielsweise ist nicht vorgegeben an wen die Gemeinden investieren sollen. Ist die Investition in die Anlagen gemeint?

Er bittet um Ergebnisse der geführten Gespräche hinsichtlich der Zielabweichung. Ist es möglich diese umzusetzen und in welchem Zeitraum?

Herrn Mann ist nicht bekannt, dass in der Beschlussvorlage auf Investitionsbeteiligungen hingewiesen wurde. Der Bezug liegt allein bei der Gründung der kommunalen AG. Es wird angestrebt, die kommunale Geschäftsstelle über Förderung zu finanzieren. Inwiefern es den Kommunen möglich ist, investiv tätig zu werden ist derzeit nicht bekannt.

Das Projekt steht noch ganz am Anfang. Die Umsetzung des Planungsrechtes wird das weitere Verfahren mit sich bringen. Dazu finden in Kürze Abstimmungen mit der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung statt.

Herr Eichelbaum betont ebenfalls: Wir befinden uns noch ganz am Anfang einer Entscheidungsfindung im Kreis.

Herr Dr. Fechner: Es liegen dem Landkreis keine beurteilungsfähigen Unterlagen vor. Aus Sicht der Klimakoordinierungsstelle ist die Speicherung ein Schlüsselthema hinsichtlich alternativer Energien. In einem Workshop der BBG vor ca. 2 Jahren stand das Thema schon auf der Tagesordnung. Thyrow sei ein geeigneter Standort, da die technischen Voraussetzungen gegeben sind, um Speichertechnologien zu testen. Was soll inhaltlich an Speichertechnologie auf diesen Flächen erprobt werden, um das Planerfordernis zu begründen? Welche Anlagenteile sind dann enthalten? Welche Verfahren sind dann zu erwarten und welche Genehmigungserfordernisse stehen an? Erst dann kann eine Einschätzung zum inhaltlichen Teil des Vorhabens gegeben werden.

Herr Kubitz: Wir stehen ganz am Anfang des Prozesses und dieser soll jetzt angeschoben werden. Aus seiner Sicht ist es wichtig Bewegung in dieses Gebiet zu bringen.

Frau Dr. Mohr de Pérez (Sachgebietsleiterin Denkmalschutz): Wir reden über die spezielle Nutzung der Flächen mit der Festlegung von 48 Windrädern?

Herr Mann: Hier geht es nicht um eine bestimmte Anzahl von Windrädern, sondern um die Nutzung der Fläche inklusive der außerhalb des Plangebietes liegende Liegenschaft in der Stadt Trebbin, in Märkisch Wilmersdorf, im Gasturbinenkraftwerk der Firma Vattenfall.

Herr Eichelbaum erkundigt sich, ob die abgegebene Stellungnahme der Verwaltung intern in der Verwaltung abgestimmt ist. Es liegt eine Stellungnahme der Landrätin vor, die hier von Verwaltungsmitarbeitern in Frage gestellt wird. Der Fachausschuss ist nicht dafür da, den Meinungsbildungsprozess innerhalb der Verwaltung abzuschließen. Schliesslich heißt der Tagesordnungspunkt: Stellungnahme der Verwaltung und nicht Fragestunde der Verwaltung. Im Ausschuss sollen die Fragen der Abgeordneten beantwortet werden. Hier soll ein politischer Beschluss erfolgen.

Herr Lademann: Es handelt sich hier um eine abgestimmte Stellungnahme der Verwaltungsleitung.

Herr Kubitz bittet um das Ende der Debatte.

Geschäftsordnungsantrag: Ende der Debatte

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0
Damit ist die Debatte beendet.

Antrag der SPD-Fraktion zur Unterstützung der Initiative der Kommunen Gemeinde Nuthe-Urstromtal, Gemeinde Am Mellensee, Stadt Trebbin, Stadt Ludwigsfelde und Stadt Luckenwalde zur Entwicklung eines Multi-Energiekraftwerkes auf den Flächen der ehemaligen militärischen Liegenschaft Sperenberg/Kummersdorf Gut (5-2433/15-KT/1) inklusive der Änderungsanträge der Fraktionen CDU und die LINKE

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0
Der Antrag wird dem Kreistag empfohlen.

TOP 7

Novellierung des Leitbildes zur Kreisentwicklung (5-2479/15-IV)

Herr Lademann: In der Ausschusssitzung für Landwirtschaft und Umwelt am 23.04.2015 sind die Änderungen der Fachämter A 83, A 67 und A 32 vorgetragen und positiv bewertet worden. In dem heute vorliegenden Gesamtleitbild sind die Änderungen so enthalten.

Herr Eichelbaum: Es gibt neue inhaltliche Diskussionspunkte auf Grund des Leitbildes der Landesregierung zum Thema Verwaltungsstrukturreform. Daher schlägt er vor, die Diskussion auszusetzen, solange das Leitbild für die Verwaltungsstrukturreform des Landes noch nicht verabschiedet ist.

Herr Kubitza äußert sich positiv dazu.

Herr Lademann: Ein Leitbild wird nicht jährlich überarbeitet. Es ist wichtig für die Entwicklung in den nächsten Jahren. In den jährlichen HH-Plänen sowie in der Struktur der Verwaltung usw. dient das Leitbild als Orientierung.

Herr Eichelbaum unterbreitet den Vorschlag, die Diskussion über das Leitbild des Kreises auszusetzen bis das Land über die Verwaltungsstrukturreform bzw. die Funktionalreform entschieden hat. Der Innenminister hat vorgeschlagen, umfangreiche Aufgaben des Landes, wie z.B. den Verbraucherschutz, die Forstverwaltung und die Flurneuordnung auf die Kreise zu übertragen. Dies hat massive Auswirkungen auf die Struktur der Kreisverwaltung. Diese Änderungen sind noch nicht im Leitbild des Kreises berücksichtigt. Das Leitbild sollte aber auch noch in 5-10 Jahren Bestand haben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0
Der Vorschlag wurde angenommen.

TOP 8

Auswertung der Getreideernte im Landkreis Teltow-Fläming

Die Präsentation liegt dem Protokoll an bzw. ist im Bürgerinformationssystem ersichtlich.

Herr Schütze bemerkt zum TOP 4, dass einige Betriebe an Kooperation mit der Hermetia Baruth GmbH interessiert sind. Derzeit laufen Gespräche dazu mit landwirtschaftlichen Unternehmen und dem Ministerium.

Die Getreideernte ist soweit abgeschlossen. Rund 92.000 ha werden insgesamt landwirtschaftlich bewirtschaftet. Die Flächeneinteilung bleibt zum größten Teil stabil. Auch der Maisanbau ist in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Der Roggen nimmt den größten Teil des Anbaugesbietes ein, da der Landkreis mit seinen leichten Standorten optimale Bedingungen bietet.

Durch das gute Wetter können pro Tag ca. 1.000 ha geerntet werden. Die Qualität der einzelnen Getreidearten ist als gut einzuschätzen. Gegenüber dem vergangenen Jahr (Rekordernte) ist der Ertrag ca. 20 bis 25 % niedriger, bis auf die Wintergerste. Trotz der langen Trockenheit haben die Ernteergebnisse die Erwartungen übertroffen. Beim ökologischen Anbau wird rund die Hälfte des vom konventionellen Anbau erzielten Ertrages geerntet. Der Bruttoertrag 2015 liegt insgesamt bei rund 32 Mio EUR. Gegenüber dem vergangenen Jahr sind das ca. 5 Mio EUR bei Getreide und rund 2 Mio EUR bei Raps weniger.

Fazit: Das Jahr 2015 brachte eine durchschnittliche Ernte mit einer relativ guten Qualität. Auch die Preise sind stabil geblieben.

Herr Dornbusch: Die Preistendenz ist mit schwächerer Ernte eher steigend. Diese Tendenz ist in diesem Jahr nicht aufgetreten. Positiv ist die stabile Preisentwicklung bei guter Qualität (Backqualität bei Roggen und Weizen) zu verzeichnen.

Maximal 60 % der Ernte wurden vom Grünland eingefahren. In einigen Unternehmen kommt es dadurch in qualitativer und quantitativer Form zu Problemen hinsichtlich der Tierversorgung (Silage- und Heugewinnung). Beim Mais sieht es ähnlich aus. Einige Landwirte haben mit der „Noternte“ bereits begonnen. Das führt zu einem Problem, hauptsächlich in der Tierproduktion. Die Marktsituation bei tierischen Produkten liegt auf einem niedrigen Niveau. Wirtschaftlich sind dann noch hohe Futterkosten schwer zu kompensieren.

Bei der Kartoffel ist ebenfalls eine durchschnittliche Ernte mit guter Qualität zu erwarten. Allerdings arbeiten Unternehmen bei solchen Kulturen mit einem Beregnungsnetz.

TOP 9

Informationen der Kreisverwaltung über die Entwicklung des Milchpreises nach der Abschaffung der Milchquote und die Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Unternehmen im Landkreis

Die Präsentation liegt dem Protokoll an bzw. ist im Bürgerinformationssystem ersichtlich.

Herr Schütze: Es gibt in der Landwirtschaft allgemein Absatzprobleme in Deutschland bzw. in der EU. Eine Ursache ist die Exporteinschränkung gegenüber den Vorjahren. Der inländische Markt ist daher gut gesättigt. Mit dem Wegfall der Milchquote kann jetzt uneingeschränkt Milch produziert und damit natürlich Geld verdient werden. Die Realität sieht anders aus. Der Milchpreis ist gesunken, so dass die Milch derzeit nicht wirtschaftlich produziert werden kann. 2 Betriebe haben sogar schon die Existenzgrenze erreicht.

Auch der Deutsche Bauernverband (DBV) hat sich dem Problem angenommen und Forderungen an die Politik gestellt. Die Prognose zeigt eine leicht schwankende Preisentwicklung. Allerdings wird der Preis wohl nicht über 29 Cent hinausgehen und damit kann auch keine Kostendeckung erzielt werden. Ein zügiger Strukturwandel ist aus biologischen Gründen nicht möglich.

Frau Dr. Neuling: Der Export von Landwirtschaftsgütern wird vom Bund momentan intensiv angekurbelt, insbesondere der asiatische Markt. Leider entsteht der Eindruck, dass das Land Brandenburg nicht so schnell mitzieht bzw. schläft. Durch die Trennung der Ministerien läuft weder im Landwirtschaftsministerium noch im Verbraucherschutzministerium die Initiative, dass jemand die Erzeuger sowie die Lebensmittelproduktion fit macht für diesen neuen Markt. Durch die Landkreise ist diese Tätigkeit nicht zu leisten. Da müssen die Wirtschaftsförderung des Landes und die entsprechenden Ministerien eingreifen. Im Land Brandenburg gibt es kaum noch verarbeitende Betriebe.

Herr Kubitza bestätigt nicht den Eindruck, dass die Landesregierung schläft. Der Ministerpräsident ist auf Sommertour bei den Unternehmen vor Ort.

Wie setzen sich die genannten 29 Cent zur Kostendeckung zusammen? In den letzten Jahren wurden in einigen großen Milchviehställen mit Fördermitteln investiert für die Effektivitätssteigerung. Puffern die Investitionen nicht auch Preisschwankungen ab?

Frau Fuchs: Mit den größeren und vor allem mit den moderneren Ställen können niedrigere Stückkosten erwirtschaftet werden. Aber 10 Cent Preisunterschied ist auch mit Kosteneinsparung schwer zu kompensieren.

Herr Dornbusch: Durch den Wegfall der Quote wird nicht mehr Milch produziert. Die Hauptursache für den Preisabfall ist der Zusammenbruch des Marktes (russischer Importstop). Schwer betroffen sind die Betriebe, die sich nur auf Milchproduktion spezialisiert haben. Betriebe mit zwei oder mehreren Standbeinen sind wirtschaftlich besser aufgestellt. Entscheidend ist die Wiederbelebung des Marktes.

Herr Dornbusch rechnet mit einer Senkung des Veredlungsfaktors im Land Brandenburg. Auch Arbeitsplätze sind von der Problematik betroffen. Die Kosten setzen sich allgemein aus Futter, Tierarzt und Lohn, Energie und evtl. AfA zusammen. Für die Deckung der Fixkosten werden 28 Cent benötigt.

Herr Kubitza: Ist die Tendenz der Preissenkung bundesweit oder territorial zu verzeichnen?

Frau Fuchs: Die Tendenz ist bundesweit. Der Markt ist nicht nur für Deutschland zusammen gebrochen sondern gilt für ganz Mitteleuropa.

TOP 10

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Eichelbaum: Es gab eine Anfrage von Herrn Dr. Ralf von der Bank (im Anhang) zum regenerativen Multienergiekraftwerk. Kann die Kreisverwaltung dazu aussagen?

Herr Lademann: Die Verwaltung kann die fachspezifisch gestellten Fragen nicht beantworten.

Herr Kubitza bittet um eine Aussage zur Anzahl der Biogasanlagen und der Kapazität im Landkreis. Wieviel landwirtschaftliche Fläche wird für die Einspeisung benötigt?

Herr Eichelbaum: Die Antworten werden schriftlich nachgereicht.

TOP 11

Mitteilungen der Verwaltung

Es sind keine Mitteilungen der Verwaltung vorhanden.

Herr Eichelbaum bedankt sich bei allen Anwesenden und wünscht einen guten Heimweg.

Luckenwalde, 21.09.2015

Eichelbaum

Ausschussvorsitzender

Brunnhuber

Brunnhuber
Protokollantin